

Dieter Braunmüller  
Auf d. Steinenberg 18  
72622 Nürtingen  
(07022) 3 11 51

Regine Glück  
Biberacher Str. 8  
72622 Nürtingen  
(07022) 3 72 54

Peter Rauscher  
Mädchenschulstr. 4  
72622 Nürtingen  
(07022) 3 74 93

Thomas Hauptmann  
Starenweg 12  
72622 Nürtingen  
(07022) 3 64 03

Hildegard Biermann-Mannsfeld  
Einsteinweg 1  
72622 Nürtingen  
(07022) 81 10

---

Nürtingen, den 10. Januar 2006

## Rede zum Haushalt 2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

### Keine Haushaltspolitik zu Lasten der Zukunft

ist das Leitmotiv unserer diesjährigen Haushaltsrede.

Unsere Fraktion ist bereits zur ursprünglich festgesetzten Haushaltsdebatte am 22.11.2005 mit dem Vorsatz angetreten, einem Haushalt, der nur durch Reserven aus dem Vermögenshaushalt bzw. durch Schulden ausgeglichen werden kann, nicht zuzustimmen. Dass auch die CDU und die Freien Wähler so dachten, war eine sehr positive Überraschung. Wir fühlten uns deshalb in der Sache, nicht jedoch in der Vorgehensweise, bestärkt. Das Ziel war, das ursprüngliche Haushaltsdefizit von 1,6 Mio. Euro zuzüglich der Aufwendungen von 641.000 Euro für Kredittilgungen durch Einnahmenerhöhungen und Ausgabenkürzungen auszugleichen und damit erstmals nach 2 Jahren die Mindestvoraussetzungen für einen soliden Haushalt zu erfüllen.

Durch das Änderungspaket der Verwaltung mit Mehreinnahmen von 2.071 Mio. Euro wurde dieses Ziel nahezu erreicht und fand auch umgehend wohlwollende Zustimmung bei den größeren Fraktionen. Nach einer vierwöchigen Denkpause scheint jedoch der anfängliche Mut für eine Grundsteuer-Hebesatzerhöhung um 50 Punkte wieder verfliegen zu sein. Durch die inzwischen favorisierte niedrigere Hebesatzerhöhung um 30 Punkte reduzieren sich die zusätzlichen Gesamteinnahmen auf nur noch 1,731 Mio. Euro. Damit kann die erforderliche Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt von 641.000 Euro nur teilweise erwirtschaftet werden. Der Haushalt würde somit eine **Finanzierungslücke von 500.000 Euro** aufweisen und entspräche damit nicht den gesetzlichen Erfordernissen. Er ist nicht zukunftsfähig, nicht nachhaltig, nicht gesetzeskonform und nicht zustimmungsfähig!

### Vermögenshaushalt ist ebenfalls problematisch

Unsere Fraktion möchte an dem ursprünglichen Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes festhalten, denn der Vermögenshaushalt ist ebenfalls problematisch. Die allgemeine Rücklage im Planjahr 2006 weist nur noch den gesetzlichen Mindestbestand aus. Es stehen somit zur Finanzierung von Investitionen keine Rücklagen mehr zur Verfügung. Jeder ersparte Euro ist daher doppelt wichtig. Die nächsten Jahre werden nicht einfacher werden! Dies zeigt die Finanzplanung für die Jahre 2005 bis 2009, die von einem Schuldenstand zum Jahresende 2009 von 15 Mio. Euro ausgeht, wobei die Finanzplanung bisher keinerlei Investitionen für die

Einrichtung von Ganztageschulen und Schulerweiterungen aufweist, obgleich dies der Schwerpunkt der kommenden Jahre sein wird.

Die Basis für eine nachhaltige Verbesserung muss unverzüglich in Angriff genommen werden. Wir stimmen deshalb der Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer zu. Auch eine Hebesatzerhöhung bei der Gewerbesteuer wird wohl in Kürze unumgänglich sein, um die Schulden finanzieren zu können.

### **Outsourcing beim Sparen**

Das vorgelegte Änderungspaket der Verwaltung ist sehr einseitig angelegt. Es besteht zur Hälfte aus Steuer- und Gebührenerhöhungen und der Reduzierung von Leistungen. Durch neue Ansätze bei den Umlagen ergaben sich zusätzliche 350.000 Euro. Somit kam ein Großteil des Sparvolumens nicht durch Etatkürzungen oder Einsparungen im städtischen Betrieb zustande, sondern durch externe Einflüsse und durch die Verlagerung des Sparens nach außen. Es erfolgte sozusagen ein **Outsourcing im Sparen**, d.h. wir lassen Sparen. Das gestopfte große Loch in der Stadtkasse reißt damit viele hundert kleine Löcher in die Klein-Haushalte der Bürger und die Haushalte der Schulen und Vereine.

### **Der sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand als Rettungsanker**

Der Verwaltungshaushalt 2006 weist für den städtischen Verwaltungs- und Betriebsaufwand, d.h. für die Unterhaltung von Gebäuden, Straßen, Grünanlagen, öffentlichen Einrichtungen usw. einen Betrag von 16,6 Millionen Euro auf. Gegenüber dem Jahr 2005 erhöhte sich der Betrag um 1,3 Mio. Euro und gegenüber dem Rechnungsergebnis 2004 um 2,5 Mio. Euro. Dies ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 8 % und gegenüber 2004 von 17,7 %. Für eine kontinuierliche Haushaltspolitik sind diese sprunghaften Veränderungen natürlich Gift.

Überraschend schnell hat die Verwaltung auf den von unserer Fraktion bereits mehrfach hingewiesenen **Rettungsanker** des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes zugegriffen und im Änderungspaket eine Reduzierung des Ansatzes von 300.000 Euro bei Wärmedämmmaßnahmen, der Kanalunterhaltung und bei Kürzungen im Schuletat, der Schülerbeförderung, der Repräsentation, der Städtepartnerschaft und dem Feuerwehretat vorgenommen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass dieser Etat **durch Sparen, Streichen, Schieben eine weitere Reduzierung von 600.000 Euro** zulässt, so dass der neue Haushaltsansatz bei 15,7 Mio. Euro liegen würde. Dies wäre immer noch ein Mehrbetrag von 400.000 Euro gegenüber dem Planansatz von 2005 und einem Plus von 1,6 Mio. Euro gegenüber dem Rechnungsergebnis 2004.

Der ständig vorgebrachte Einwand, dass Kürzungen des Instandhaltungsaufwandes von Gebäuden, Straßen, öffentlichen Einrichtungen usw. zum Substanzverzehr beitragen würden, ist einseitig gedacht. Auch durch das Sparen bei der Kultur, den Schulen und Vereinen entstehen Risse und Schlaglöcher, die später viel mühsamer zu beheben sind, als eine Straße, die erst ein Jahr später repariert wird oder Fassaden, die nochmals ein Jahr auf den Anstrich warten müssen oder ein Bürgerbüro, das erst in 2007 in Angriff genommen oder Bäume, die erst in 2007 statt in 2006 ausgetauscht werden. Vor allem sind es jedoch die großen Steigerungen bei

den Haushaltsansätzen im Tiefbau und der Kläranlage, die einer näheren Erläuterung bedürfen und bei der die **Möglichkeit einer zeitlichen Streckung** geprüft werden sollte. Wir möchten hierzu eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses beantragen.

**Es soll kein Streichkonzert stattfinden, sondern durch das Zusammenwirken von Sparen, Streichen und Schieben sollen Schwerpunkte gesetzt und dem Notwendigen gegenüber dem Wünschenswerten eine eindeutige und absolute Priorität beigemessen werden.**

Eine Reduzierung des Volumens scheint auch aus Kapazitätsgründen sinnvoll zu sein. Wir sehen es für kaum machbar an, dass ein solch umfangreiches Auftragsvolumen von ca. 16 Mio. Euro zuzüglich beträchtlicher Überhänge aus dem vergangenen Jahr und den Vorjahren von dem vorhandenen, relativ kleinen Mitarbeiterstamm innerhalb eines Jahres verantwortungsbewusst abgearbeitet werden kann. Zurückgestellt werden sollten auf jeden Fall sämtliche größeren Unterhaltungsaufwendungen für eventuell zum Verkauf anstehenden Gebäude. Es ist zu hoffen, dass die **Wunderwaffe Gebäudemanagement** bereits in diesem Jahr zu niedrigeren Bewirtschaftungskosten führt.

**Antrag 1:** Wir beantragen eine zusätzliche Kürzung beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand um ca. 600.000 Euro bzw. in der Höhe, der zum Haushaltsausgleich erforderlich ist. Zu diesem Zweck soll unverzüglich eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses stattfinden.

### **Stellungnahme zum Änderungspaket**

Das vorgelegte Änderungspaket weist nur stichwortartig auf Kürzungen und Veränderungen hin, deren Tragweite und Konzeption wir bei einigen Positionen nicht erkennen können. Wir beantragen detailliertere Ausführungen und grundsätzlich eine Einzelabstimmung zu sämtlichen Positionen.

**Antrag 2:** Wir beantragen eine Einzelabstimmung bei den Positionen des Änderungspaketes.

### **Kindergarten- und Kindertagheimgebühren**

Die beantragte zusätzliche Kürzung von 600.000 Euro beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand soll die Möglichkeit bieten, auf die Gebührenerhöhungen bei den Kindergärten (67.000 Euro) und den Kindertagheimen (11.000 Euro) in diesem Jahr zu verzichten und die weitere Entwicklung abzuwarten. Wir erwarten durch die konsequentere Erhebungsform eine spürbare Einnahmenerhöhung. Denkbar wäre auch die Einführung einer 5. Einkommensstufe.

Nach einer aktuellen Umfrage des Städtetages liegt Nürtingen bei den Kindergartengebühren mit einem **Kostendeckungsgrad von 15 %** an der Spitze der vergleichbaren großen Kreisstädte. Reutlingen, Esslingen, Fellbach, Leonberg, Tübingen, Kirchheim, Herrenberg, Filderstadt, Ludwigsburg und Metzingen liegen darunter. Leinfelden-Echterdingen und Ostfildern haben ebenfalls 15%. Lediglich Göppingen weist einen höheren Deckungsgrad aus.

**Antrag 3:** Wir beantragen die Zurückstellung der Erhöhung der Kindergarten- und Kindertagheimgebühren in 2006.

## **Energieeinsparmaßnahmen**

Die Entwicklung der städtischen Energiekosten ist sehr dramatisch. Der Aufwand für Strom und Heizung wurde in 2006 mit 1,9 Mio. Euro veranschlagt und liegt damit um 200.000 Euro (11,4%) höher als 2005 und 400.000 Euro höher als 2004 (1,5 Mio. Euro). Es scheint so, dass alle unsere bisherigen Energiesparmaßnahmen irgendwie verpufft sind und leider auch gerne auf die lange Bank geschoben werden, wie z.B. die in der Energiesparverordnung vorgeschriebenen Wärmedämm-Maßnahmen in städtischen Gebäuden. Die gesetzliche Frist sieht eine Frist bis zum Jahresende 2006 vor. Im Änderungspaket wurde der ursprüngliche Ansatz 2006 von 150.000 Euro um 100.000 Euro reduziert. **Dieser Verschiebung stimmen wir angesichts der steigenden Energiekosten nicht zu.** Wir bitten um Information, bei welchen städtischen Gebäuden in 2005 Wärmedämm-Maßnahmen erfolgt sind und welche in 2006 in Angriff genommen werden müssen.

**Antrag 4:** Wir beantragen, dass der ursprüngliche Kostenansatz von 150.000 Euro für die gesetzlich vorgeschriebenen Deckendämm-Maßnahmen in städtischen Gebäuden beibehalten wird. Die Erhöhung von 100.000 Euro ist durch eine andere Maßnahme im Nicht-Energiebereich zu kompensieren.

## **Kinder-, Jugend- und Familienfreundliches Nürtingen**

Mit großem Erstaunen haben wir Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, entnommen, dass Sie „die durch die Kindertagesstättenschließungen ersparten Mittel lieber in die Betreuung von 0 – 3 jährigen Kinder stecken wollen, als Institutionen zu geben, die ohnehin schon bestehen“. Dies gefährdet die Existenz der bestehenden Angebote der Freien Träger und ist eine Kehrtwendung zu früheren Absichtserklärungen, z.B. über die Verwendung der ersparten Mittel bei der Auflösung des Kindergartens im Kreiskrankenhaus.

Überhaupt hat sich die Kindergartenbedarfsplanung zu einem unrühmlichen und zeitaufwändigen Ärgernis entwickelt. Wir halten die Gesetzeslage nach wie vor für eindeutig und können nicht nachvollziehen, dass die Freien Träger gezwungen werden, ihre Rechte womöglich vor Gericht geltend machen zu müssen.

**Antrag 5:** Wir beantragen die Aufnahme der Freien Träger in die Kindergartenbedarfsplanung.

Bei der Betreuung der 0-3 jährigen Kinder besteht ein erhebliches Betreuungsdefizit. Die gesetzliche Vorgabe fordert bis zum Jahr 2010 für jedes zehnte Kind einen Betreuungsplatz. In Ermangelung eines städtischen Betreuungsangebotes hat sich vor kurzem eine Elterninitiative gebildet, die mit ihrer **Kleinkindergruppe „Wie-Wa-Wuschels“** vorübergehend einen Raum in der Versöhnungskirche gefunden hat. Diesen Raum müssen sie jedoch im Februar 2006 verlassen. Als möglicher endgültiger Standort bietet sich das Kutscherhaus in der Neckarstraße an. Das Herrichten der Räume kann jedoch nur durch eine Kostenbeteiligung der Stadt finanziert werden.

**Antrag 6:** Wir beantragen die Einrichtung einer Kleinkindergruppe im Kutscherhaus.

## **Schulentwicklung**

In seiner Haushaltsrede hat der Oberbürgermeister betont, die Stadt stehe zu ihrer Aussage, „in jeder Schulform ein Angebot für eine Ganztageschule zu machen“. Dies bringt einen erheblichen Raum- und Finanzierungsbedarf für die vorgesehenen Schulen mit sich, der durch rechtzeitig gestellte Zuschussanträge gemildert werden könnte.

Bei der Geschwister-Scholl-Realschule und der Neckarrealschule ist die räumliche Situation bereits auch ohne Ganztageschule unzureichend. Es fehlen Klassenzimmer und Fachräume. Die Aussenstelle im Hauber-Gebäude ist keine dauerhafte Lösung. Ein insgeheim erhoffter Rückgang der Schülerzahlen erfolgt auf mittelfristige Sicht nicht. Eine Erweiterung ist unumgänglich.

**Antrag 7:** Wir beantragen die Einstellung einer Planungsrate von 50.000 Euro für einen Erweiterungsbaubau der Realschulen.

Über die Erweiterung der Grundschule in Reudern wird ebenfalls seit vielen Jahren diskutiert. Vorgesehen war ursprünglich eine große Lösung, für die das Regierungspräsidium einen Zuschuss von 150.000 Euro zugesagt hat. Von diesem Projekt hat die Schule wegen der leeren Haushaltskasse Abstand genommen.

Derzeitig werden an der Grundschule 142 Schüler in 7 Klassen unterrichtet. Die Schule verfügt jedoch nur über 5 reguläre Klassenräume. Notgedrungen würde die Schule eine kleinere Lösung akzeptieren und hat hierzu ihre Vorstellungen dargelegt. Diese Lösung wird auch vom Ortschaftsrat befürwortet.

**Antrag 8:** Wir beantragen die Zustimmung zu dem von der Gesamtlehrerkonferenz und der Schulleitung vorgelegten Erweiterungsprojekt der Grundschule Reudern.

## **Sozialpolitik**

Die kommunale Sozialpolitik wird in den nächsten Jahren vor der kaum lösbaren Aufgabe stehen, die sozialen Dienste und Einrichtungen angesichts der gegenwärtigen Krise, den ständig steigenden Anforderungen und wegbrechenden Finanzierungen leistungs- und anpassungsfähig zu erhalten.

Die Lebenssituation vieler Menschen in unserer Stadt wird durch Einschnitte im sozialen Netz immer prekärer. Dies gilt insbesondere für Empfänger von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Wohngeld, Bezieher einer Grundsicherung oder Inhaber eines Schwerbehindertenausweises (100 % Behinderungsgrad). Um diesen Menschen eine Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen, gingen viele Städte dazu über, für die Betroffenen einen **Sozialpass** auszustellen. Mit diesem Ausweis sollen die Berechtigten Ermäßigungen bei städtischen Leistungen erhalten – vom Freibad bis zu den Kindergartenbeiträgen, von der Ganztagesbetreuung bis zur Büchereibenutzung.

**Antrag 9:** Wir beantragen die Einführung eines Sozialpasses für bedürftige Bürgerinnen und Bürger.

Der **Tagestreff für Wohnsitzlose** und der **Carisatt-Laden** sind zwei sehr engagiert geführte bürgerschaftliche Einrichtungen. Beide Einrichtungen leiden unter Raumproblemen, die durch einen Umzug in das leerstehende Haus König behoben werden könnten. Gleichzeitig würden sie sich durch die gemeinsame Nutzung dieses Hauses sehr sinnvoll ergänzen. Es ist jedoch mit erheblichen Sanierungskosten zu rechnen. Wir schlagen vor, diese Sanierungsmassnahmen durch soziale Arbeitsmodelle, wie z.B. die arbeitsbegleitenden Hilfen (abH) der Arbeitsagentur, in die Wege zu leiten.

**Antrag 10:** Wir beantragen die gemeinsame Nutzung des Hauses „König“ durch den Tagestreff (OG) und den Carisatt-Laden (EG). Zur Deckung der anfallenden Sanierungskosten von ca. 50 – 70 Tsd. Euro empfehlen wir den Verkauf des bisher vom Tagestreff genutzten Gebäudes Wörthstrasse 3.

### **Begrenzung des Flächenverbrauchs**

Für Siedlungs- und Verkehrsfläche wird in der Region Stuttgart täglich eine Fläche von 1,5 ha verbraucht. Auch Nürtingen trägt zu dieser Entwicklung bei. Sichtbares Zeichen ist der große Flächen- und Landschaftsverbrauch für die **6 Spuren der B 313** in Richtung Autobahn und der Verbrauch von **Flächen auf dem Säer** durch den Neubau von Schulen, zusätzlichen Parkplätzen, eines neuen Krankenhauses und einer überdimensionierten Fahrstraße zwischen Reudern und dem Krankenhaus. Eine weiterer Flächenverbrauch ist aufgrund verschiedener **Bebauungspläne** in Reudern, Hardt, dem Säer und der Duttenhoferstraße zu befürchten. Hier halten wir das Prinzip Hoffnung für angebracht. Wir hoffen, dass nicht sämtliche Pläne umgesetzt werden können!

### **Naturschutzmaßnahmen**

Beim Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft durch die Realisierung von Baugebieten verhält sich die Stadt anscheinend nicht gesetzeskonform. Hier werden von Bauherren zwar 150.000 Euro für Ausgleichsmaßnahmen eingenommen, die entsprechenden Maßnahmen sind aber weder in diesem Umfang in der Vergangenheit durchgeführt worden, noch sind sie in diesem Haushalt vorgesehen. Statt dessen wird mit diesen Mitteln der Haushalt etwas aufgebessert.

**Antrag 11:** Wir beantragen, alle für den Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft eingenommenen Mittel für geeignete Ausgleichsmaßnahmen einzusetzen.

### **Stadtentwicklung**

Wir halten die von der Verwaltung favorisierte Bebauung des **Güterbahnhofsgeländes** mit Verkaufsflächen von bis zu 8000 qm für einen städtebaulichen Fehler und eine Bedrohung der vorhandenen Geschäftsstrukturen in der Innenstadt. Wir halten die Nutzung als Verkehrsfläche für eine bessere und preisgünstigere Lösung. Esslingen wurde in den letzten Wochen in einer vergleichbaren Situation mit der Bahn handelseinig und hat die zum Verkauf stehende Fläche bewußt als Verkehrsfläche zu einem günstigen Preis erworben.

Mit dem Ideenwettbewerb für das Heim-Areal verbinden wir die Hoffnung, dass hier ein städtebaulicher Anziehungspunkt entsteht. Von einer Nutzung durch einen Lebensmittel-discounter möchten wir abraten.

Für die Innenstädte stellen diese Discounter mit ihrem non-food Bereich eine große Konkurrenz für das übrige Geschäftsleben dar. Ganz zu schweigen von dem Druck auf die Erzeuger und Produzenten, die zu ständig neuen Preiszugeständnissen gezwungen werden. Wir sprechen uns deshalb für eine restriktive Haltung gegenüber der Ansiedlung weiterer Discounter in Nürtingen aus.

Generell bemängeln wir eine unzureichende Information über wichtige städtebauliche Entwicklungsprojekte und das Fehlen einer umfassenden **Stadtentwicklungsplanung**. Wir wollen mehr an der Weiterentwicklung der Stadt als Raum für das Zusammenleben der Bürgerschaft beteiligt werden. Vorstellungen sollten nicht verwaltungsintern, sondern müssen gemeinsam entwickelt, diskutiert, von allen Akteuren verstanden und berücksichtigt werden. Ansonsten springt die Diskussion immer von einer Baustelle zur nächsten und die Argumente werden projektorientiert zusammengestellt ohne das große Ganze im Blick zu haben.

### **Einsparungen beim Umbau der Kreuzkirchstrasse**

Im Vermögenshaushalt ist für den Umbau der Kreuzkirchstrasse ein Betrag von 276.000 Euro eingestellt. Dieser Aufwand ist uns zu hoch, da diese Straße im Prinzip weiterhin wie bisher genutzt werden soll. Hier genügt eine einfache Deckensanierung. Die eingesparten Mittel sollten statt dessen für die Einrichtung einer Kinderwagen- und Rollstuhlfreundlichen Rampe als Zugang zum Stadthallenhof und zum Seiteneingang der Stadthalle verwendet werden.

**Antrag 12:** Wir beantragen eine Kosteneinsparung bei den Umbaukosten der Kreuzkirchstrasse zugunsten einer Kinderwagen- und Rollstuhlfreundlichen Rampe auf dem Stadthallenplatz.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Sie unseren Anträgen in vollem Umfang zustimmen können.



*Dieter Braunmüller*  
Fraktionsvorsitzender Nürtinger Liste / Grüne

Anlage:  
*Auflistung Haushaltsanträge*

## **Haushaltsanträge 2006**

Die Fraktion Nürtinger Liste / Grüne stellt folgende Haushaltsanträge:

1. Wir beantragen eine zusätzliche Kürzung beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand um ca. 600.000 Euro bzw. in der Höhe, der zum Haushaltsausgleich erforderlich ist. Zu diesem Zweck soll unverzüglich eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses stattfinden.
2. Wir beantragen eine Einzelabstimmung bei den Positionen des Änderungspaketes.
3. Wir beantragen die Zurückstellung der Erhöhung der Kindergarten- und Kindertagesheimgebühren in 2006.
4. Wir beantragen, dass der ursprüngliche Kostenansatz von 150.000 Euro für die gesetzlich vorgeschriebenen Deckendämm-Maßnahmen in städtischen Gebäuden beibehalten wird. Die Erhöhung von 100.000 Euro ist durch andere Maßnahme im Nicht-Energie-Bereich zu kompensieren.
5. Wir beantragen die Aufnahme der Freien Träger in die Kindergartenbedarfsplanung.
6. Wir beantragen die Einrichtung einer Kleinkindergruppe im Kutscherhaus.
7. Wir beantragen die Einstellung einer Planungsrate von 50.000 Euro für einen Erweiterungsbau der Realschulen.
8. Wir beantragen die Zustimmung zu dem von der Gesamtlehrerkonferenz und der Schulleitung vorgelegten Umbau- und Erweiterungsprojekt der Grundschule Reudern.
9. Wir beantragen die Einführung eines Sozialpasses für bedürftige Bürgerinnen und Bürger.
10. Wir beantragen die gemeinsame Nutzung des Hauses „König“ durch den Tagestreff (OG) und den Carisatt-Laden (EG). Als Deckungsvorschlag für die anfallenden Sanierungskosten von ca. 50 – 70 Tsd. Euro empfehlen wir den Verkauf des bisher vom Tagestreff genutzten Gebäudes Wörthstrasse 3 .
11. Wir beantragen, alle für den Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft eingenommenen Mittel für geeignete Ausgleichsmaßnahmen einzusetzen.
12. Wir beantragen eine Reduzierung der Umbaukosten für die Kreuzkirchstrasse zugunsten einer Kinderwagen- und Rollstuhlfreundlichen Rampe auf dem Stadthallenplatz.
13. Wir beantragen die Erweiterung von besser abgesicherten Fahrradabstellmöglichkeiten am Rande der Fußgängerzone (Volksbank, Kreissparkasse, Obertorstrasse, Kreuzkirche, Rathaus, Kino).
14. Wir beantragen, die Fahrradabstellplätze am Busbahnhof durch einen Zaun vor Vandalismus und Diebstahl besser zu schützen.